

# DIE LINKE.

Ausgabe V/08

Wir sind was folgt!

Vom Kindergarten über die Schule, weiter über Ausbildung oder Studium bis hin zu Weiterbildungen und Altenbildung: Das deutsche Bildungssystem steckt in einer Krise!



Inzwischen gehen deswegen nicht nur Studierende auf die Straße. Im November waren bundesweit 100.000 SchülerInnen in mehr als 30 Städten am Schülerstreik „Bildungsblockaden einreißen“ beteiligt.

Im Mittelpunkt der Proteste stand das Abitur nach nur 12 Jahren, die Einführung von Kopfnoten (etwa zu Benennen oder „Sozialverhalten“), sowie die Unterfinanzierung von Schulen, die sich durch einen LehrerInnenmangel und massiven Unterrichtsausfall bemerkbar macht.

um 9%. Die Spitzenförderung, zum Leidwesen der Breite, beginnt demnach bereits an Schulen.“

Der fzs forderte erneut die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems: „Die politisch Verantwortlichen müssen ihren verstaubten Standesdünkel endlich aufge-



Von studentischer Seite bekamen die SchülerInnen Unterstützung. So machte Bianka Hilfrich vom fzs-Vorstand die finanzielle Ungerechtigkeit in der Schulfinanzierung klar: „Während Deutschland für den Primar- und Sekundarbereich I etwa 3% des BIP pro Kopf weniger aufwendet als der OECD-Durchschnitt, wird für den Sekundarbereich II tiefer in die Taschen gegriffen. Hier übersteigen die Pro-Kopf-Ausgaben den OECD-Durchschnitt

ben. Deutschlands selektives Bildungssystem muss aufgebrochen werden. Eine Schule, in der alle Schülerinnen und Schüler möglichst lange gemeinsam lernen, ist daher unumgänglich“, so Hilfrich. - Gerade in Mönchengladbach hat die Gesamtschulfrage eine ganz besondere Bedeutung! Seit Einrichtung der ersten Gesamtschule in Mönchengladbach 1986 verzeichnet diese Schulform steigende Anmeldezahlen. 2008 wurden 1171 Kin-

der an den fünf Gesamtschulen angemeldet. Das sind 45% aller Kinder, die auf eine weiterführende Schule gehen. Da es nur 630 Plätze gibt, mussten 541 Kinder abgewiesen werden.

Doch CDU und FDP ziehen keine weitere Gesamtschule in Betracht. Der Elternwille wird aus schulideologischen Gründen einfach ignoriert. Dabei folgen die Eltern den Erkenntnissen aus der PISA-Studie: Länder ohne dreigliedriges Schulsystem und mit Ganztagsbetrieb schneiden am besten ab.

Dabei wäre die Lösung so einfach, kostenneutral und würde allen gerecht werden: Die Umwandlung eines Gymnasiums in eine Gesamtschule würde den Schulformwunsch Gymnasium nicht behindern, da es freie Züge an Gymnasien gibt. Auch die Raumsituation an Realschulen könnte durch neue Gesamtschulen entschärft werden. Die derzeitigen Überkapazitäten an Realschulen werden verursacht durch abgelehnte GesamtschülerInnen.

## Marode Hochschulen

In dem Gebäudeflügel der Humboldt-Universität Berlin, wo einst Albert Einstein seine Relativitätstheorie vortrug, bröckelt der Putz von den Wänden.

Alf Zimmer, Rektor der Universität Regensburg, wurde neulich beinahe von einem Brocken der Betonfassade erschlagen. Jetzt schützt ein Drahtnetz, wie bei einer Gebirgsstraße, gegen den Stein Schlag.

An der Uni in Köln schützt ein ähnliches Netz vor herunterfallenden Lampen. Die FH Köln hingegen montierte Regenrinnen innen unter die Decken der Seminarräu-

me, um ihre Studierenden nicht im Regen stehen zu lassen.

Als Mitte der 90er der SPD-Politiker Peter Glotz und der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Dieter Simonmitte, über die „im Kern verrotteten“ Universitäten debattierten, meinten sie etwas anderes. Es ging um den strukturellen Niedergang von Bildungs- und Forschungsstätten und endete im ursozialdemokratischen Verrat Glotz' mit der Forderung nach Studiengebühren.

Inzwischen gibt es Studiengebühren, und das auch unter Mitwirkung der SPD.

Real bewirken die Gebühren eine soziale Selektion, theoretisch sollten sie die Qualität der Lehre verbessern. Doch viel zu oft werden die Studiengebühren auch für Baumaßnahmen missbraucht. Das wird weder den zahlenden Studierenden gerecht, noch löst es die Probleme. Viel zu hoch ist der Bedarf der Jahrzehnte schmerzlich vernachlässigten baulichen Substanz.

Gerade in NRW sieht es an den Hochschulen übel aus, stammen doch die meisten Gebäude aus den 60er und 70er Jahren - laut Bauingenieur Professor Friedhelm Stangenberg eine Epoche der Architektur mit den anfälligsten Bauten.

Diesen Missstand zu visualisieren versucht jetzt das Landes-ASTen Treffen NRW (LAT) mit einem Fotowettbewerb. Die eingereichten Fotos werden auf: [www.marode-hochschule.de](http://www.marode-hochschule.de) zu sehen sein. Außerdem werden die besten Fotos bei einer Wanderausstellung präsentiert. Helft mit bei diesem traurigen „Best of“ - reicht Eure Fotos ein.

Wir müssen draußen bleiben!

Anders als die Studierenden müssen die Schüler noch keine Gebühr zahlen.

Die Schulbildung ist jedoch nur auf dem Papier kostenlos. Deswegen plant die Bundesregierung für Kinder von Hartz IV EmpfängerInnen ein „Schulbedarfspaket“: 100 € zu Beginn des Schuljahres sollen helfen, Unterrichtsmaterialien wie Ranzten, Hefte und Stifte zu kaufen. Das ist erstmal ein Schritt in die richtige Richtung.

Trotzdem bleiben die 100 € ein Tropfen auf den heißen Stein, da pro Schuljahr und Kind im Durchschnitt 700 bis 800 € für deren Schulausbildung anfallen (Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie). Darin enthalten sind auch Klassenfahrten, die laut aktuellem Urteil des Bundessozialgerichts bei Hartz IV EmpfängerInnen übernommen werden.

Der eigentliche Skandal aber ist, dass diese Zahlung nur für Kinder bis zum 10. Schuljahr gilt - also mit der gesetzlichen Schulpflicht endet. Doch gerade der Besuch weiterführender Schulen geht noch mehr ins Geld. So manche/r Hartz IV EmpfängerIn wird sich da überlegen, ob sie es sich leisten kann, ihr Kind auf das Gymnasium zu schicken.

Manches begabte Kind wird so in eine Lehre gezwungen und von der Hochschulqualifikation abgehalten. Die soziale Selektion fängt also schon in der Schule an und wird dann mit Studiengebühren fortgeführt.

Dies ist ein falscher Weg: Deutschland muss seine „Begabungsreserven“ voll ausnutzen, wir brauchen gut ausgebildeten

Nachwuchs, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Es geht was!

Ein Studium ist weit mehr als nur Bildungskonsum. Neben Wissen sollen auch soziale Kompetenzen erlernt werden, es soll politische Bildung und Kultur stattfinden, Sport und vieles mehr.

Das alles kann eine Vorlesung nicht leisten, und deswegen leistet die Studentische Selbstverwaltung einen wichtigen Beitrag, der viel zu wenig Studierenden bekannt ist. Deswegen ist der AStA jetzt mal mit der Videokamera umhergezogen und hat für euch in gut sieben Minuten die Vielfalt dargestellt.

Besucht wurden die Fachschaftsräte (FSR), eure Vertretung im Fachbereich. Neben den beliebten Parties bietet euch der FSR vor allem Scripte und Hilfe bei fachbereichsinternen Problemen. Weiter ging es zu den Lehrmittelreferaten (LMR). Exklusiv nur für Studierende gibt es hier von der Arbeitsmappe bis zum Zeichenblock alles fürs Studium. Auch Spezialbedarf wie Laborkittel, Lupen und Taschenrechner werden hier angeboten, oft erfolgt eine Absprache mit den jeweiligen DozentInnen bezüglich ihrer Anforderungen.

Und auch das Sportangebot, die Sommerfeste, Jam-Sessions im AStA-Keller, das Studierenden Parlament (StuPa) und der zu mietende AStA-Bus werden gezeigt. Verschafft Euch einfach selbst mal einen Überblick, was die Studierendenschaft alles zu bieten hat!

Und denkt immer dran: All‘ das ist von Studierenden, für Studierende - also auch mal selbst aktiv werden!

<http://www.youtube.com/watch?v=0YEnqZc6WJg>

## Es geht mehr!

Das Campusleben blüht an der HSNR auf, erfreulicherweise werden gerade gegen Studiengebühren viele Studierende aktiv.

Zu der kurzfristig angesetzten Demo am internationalen Tag gegen die Kommerzialisierung der Bildung Anfang November in Düsseldorf waren 500 Studierende gekommen, davon rund ein Viertel von der HSNR. Nun sind 500 DemonstrantInnen noch nicht beeindruckend, der HSNR Anteil daran aber schon. Und in Zeiten von gestrafften Studiengängen und Studiengebühren erliegt so manche/r dem Druck und geht lieber Lernen oder Arbeiten.

Doch genau diesem Druck leisten immer mehr Studierende an der HSNR Widerstand, sie erkennen ihr Recht auf freie Bildung und ihre Pflicht dafür zu kämpfen. Und wie sagte es der Sprecher des Aktionsbündnis für freie Bildung: „Das war erst der Auftakt von einer Reihe an Protesten“

Neben der gesetzlich verankerten Studierendenvertretung (AStA, FSR, StuPA) hat die HSNR derzeit einige unabhängige Aktive, die mit viel Kreativität auch eher mal Grenzen überschreiten. Hoffen wir auf weiteren Zulauf und auf viel Neues.

### Impressum

V.i.S.d.P:

**DIE LINKE.** / Helmut Schaper

Postfach 30 10 01  
41191 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 979 22 43

Fax: 0 21 66 / 979 22 42

E-Mail: [info-die-linke@solargeneration.de](mailto:info-die-linke@solargeneration.de)

Web: [www.die-linke-zeitung.de](http://www.die-linke-zeitung.de)

## Knut war gestern ...

... heute ist „**Der Eisbär der HSNR**“!

Wie schon letzte Ausgabe berichtet, ist er wohl der beliebteste „Neuzugang“ der Hochschule. Versetzte er schon bei der Begrüßung der Erstsemester den Kanzler und den Oberbürgermeister in Entsetzen und die Studierenden in Verzückung, machte er sich jetzt auf die Suche nach der Qualitätssicherung durch Studiengebühren.



Bei einem Pressetermin in der Shed-Halle am Frankenring tauchte er auf und verwirrte Pressesprecher Haupt und die Reporter. Wie üblich schweigend, denn Eisbären können nun mal nicht reden, hatte er sein Anliegen auf Zetteln dabei:

138% Auslastung, heißt 38% Überlast. Folglich überfüllte Vorlesungsräume mit Studierenden auf der Fensterbank oder gar auf der Treppe sitzend. Praktika Gruppen die zur Massenabfertigung verkommen!

Mag der neue Anstrich des Gebäudes F an der Reinarzstraße zwar der Optik dienen – Qualitätssicherung der Lehre ist es nicht.



Der Eisbär ist kreativ und medienwirksam! Hoffen wir, dass er in frostigen Zeiten mehr Leute zu einem heißen Kampf animiert.

## Atmen ist keine Meinung

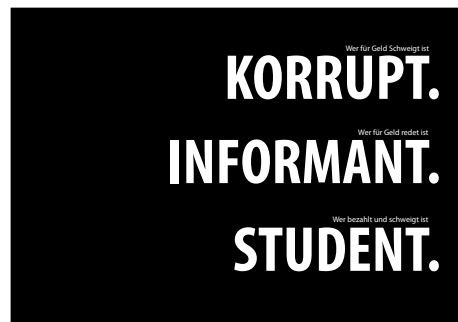
Warum nicht einfach mal was zusammen machen? Das dachten sich einige Studierende, zum groß Teil ErstsemesterInnen, und gründeten AIKM: Atmen ist eben keine Meinung, es muss doch mehr gehen. Sie sind sowohl im StudiVZ mit einer eigenen Gruppe aktiv, aber auch mit einem eigenen Blog im Web vertreten.

In erster Linie wollen sie die Studiengebühren an der HSNR abschaffen, aber auf diesem steinigen Weg gibt es Zwischenziele. So sehen sie es schon als Erfolg,

wenn „Studiengebühren auf ein Maß heruntergeschraubt werden, dass unseren Bedürfnissen, in Bildung und Qualität, gerecht wird.“

Und AIKM hat Methode: Sie wollen mit regelmäßigen Publikationen und Plakaten für das Thema „CONTRA STUDIENGE-BÜHREN“ sensibilisieren und so den AStA und den Eisbären unterstützen. Doch wer jetzt an reines „Marketing“ denkt, liegt falsch. Öffentlich sammeln und dann intern und unter der Hand auch mal weiter gehen. Und vor allem auch mal provokativ sein:

„Wer für Geld schweigt ist korrupt. Wer für Geld redet ist Informant. Wer bezahlt und schweigt ist Student“, so lautet einer der nächsten Plakatvorschläge.



## Cross Border Leasing: Privatisierung lohnt sich nicht!

Deutschen Städten drohen mit ihren Cross Border Leasing – Geschäften Millionenverluste.

Im Kern handelt es sich beim Cross Border Leasing (CBL) um die Privatisierung städtischer Leistungen.

Die Kommunen sollten Teile ihrer Infrastruktur oder Leistungen der öffentlichen

Daseinsfürsorge wie Kanalisation und Klärwerke, Messehallen oder Schienennetze an einen amerikanischen Investor verkaufen und anschliessend wieder leasen; oft mit Laufzeiten um die 30 Jahre.

Vermeintlicher Vorteil für die Kommunen: Geldeinnahmen und Ersparnis von Instandhaltung oder Sanierung. Handfester Vorteil für den Investor: Aufgrund des amerikanischen Rechts massive Steuerersparnis.

Von diesem Steuervorteil gibt der Investor zwischen vier und fünf Prozent als einmalige Zahlung an die Kommune weiter. Der grösste Teil des Geldes jedoch fliesst an Banken, die die Schulden des Investors finanzieren und an Versicherungen, die dafür bürgen.



Denn auch der Investor finanziert seine Investition bei Darlehensbanken. Und er verkauft seinen CBL – Vertrag weiter:

Er wartet nicht, bis in 30 Jahren die letzte Rate bezahlt ist, sondern verkauft diesen an eine Bank weiter; ebenso verkaufen die Darlehensbanken ihre Zinsforderungen für 30 Jahre ebenfalls weiter.

All‘ diese Verträge, Forderungen und Ansprüche werden weiter und weiter verkauft, gebündelt und zu einem weiteren der modernen Finanzprodukte – wie auch die amerikanischen Hypothekenkredite zu neuen Finanzprodukten zusammengestellt wurden. Bricht der Geldfluss an irgendeiner Stelle ab, könnte das Kartenhaus Cross Border Leasing in sich zusammenbrechen.

Die Finanzmarktkrise kann sich nun auf die Städte, die CBL-Geschäfte getätigt haben, auswirken. Die Städte könnten für strauchelnde Banken und Versicherer, die an diesen Geschäften beteiligt waren, bürgen müssen.

Und es droht eine weitere Gefahr: In den USA haben die zuständigen Finanzämter inzwischen erkannt, dass es sich bei Cross Border Leasing um unsaubere Scheingeschäfte handelt – und erteilen ablehnende Steuerbescheide. Aus ist es mit dem Steuervorteil für den Investor und somit der Grundlage des grenzüberschreitenden Schein-Geschäfts.

Dabei sind die Städte keineswegs nur Opfer der Finanzkrise. Sie sind mit verantwortlich, weil sie solche Finanzinstrumente mit ihrer Politik erst ermöglichten. Die unsauberen Scheingeschäfte mit öffentlichem Eigentum können für viele Städte und Kommunen zum Bumerang werden. Öffentliches Eigentum ist keine Ware, kein Spekulationsobjekt. Privatisierung lohnt sich nicht!

*Tom Quartz, Attac*

---

## Mit Lügen in den Krieg

Der Bundestag hat gegen die Stimmen der Linkspartei der Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen des OEF-Mandats (Operation Enduring Freedom) um 13 Monate zugestimmt.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag in Kassel hält die Begründung der Bundesregierung für eine Mogelpackung.

Die Bundesregierung beruft sich auf den Artikel 51 der UN-Charta. Dieser Artikel enthält das Recht jedes Staates, sich im Falle eines Angriffs zu verteidigen.

Die USA beruft sich im Zusammenhang mit dem 11.9.2001 auf diesen Artikel. Nun hat es aber seit sieben Jahren einen derartigen Angriff auf die USA nicht mehr gegeben. Eine Kriegserklärung in Permanenz gibt es jedoch nicht.

Des weiteren belügt die Bundesregierung die Bevölkerung, wenn sie behauptet, dieser Einsatz diene dazu, den internationalen Terrorismus einzudämmen. Eine Untersuchung aus den USA über 268 Terrorgruppen im Zeitraum von 1968 – 2006 kommt zu einem ganz anderen Ergebnis. In nur 7% der untersuchten Fälle konnten die Terrorgruppen mit militärischen Mitteln besiegt werden.

Wenn mensch bedenkt, dass für den militärischen Kampf die meisten Mittel in Form von Geld, Waffen, Soldaten und Gerät eingesetzt wird, dann ist die militärische Form der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus die teuerste und erfolgloseste Methode. Es wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen und nicht einmal getroffen.

Dem Terrorismus ist mit kriegerischen Mitteln nicht beizukommen. Der von US-Präsident Bush ausgerufenen Krieg gegen den Terrorismus hat überall dort, wo er geführt wird, z.B. in Afghanistan und im Irak, den Terrorismus gefördert und ist selbst zum Terror gegen die unschuldige Zivilbevölkerung geworden.

Der Kampf gegen den Terrorismus ist eine zivile Aufgabe, die nur über politische Lösungen und nur mit rechtsstaatlichen Mitteln der Justiz und der Polizei erledigt werden kann.

Die deutschen Truppen aus Afghanistan zurück zu ziehen wäre ein erster Schritt einer politischen Lösung.

*Bernhard Clasen  
Sprecher der Partei  
DIE LINKE Mönchengladbach  
Telefon: 02161 - 205013*

